

**ANTWORTEN DER CDU BERLIN
AUF DIE WAHLPRÜFSTEINE
DER VOLKSSOLIDARITÄT
BERLIN**

ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2021

1. Für mehr gesellschaftliche Teilhabe

1.1 Wie steht Ihre Partei zu dem Ziel der Schaffung eines Berliner Altenhilfestrukturegesetzes? Welche politischen Erwartungen verknüpfen Sie damit? Wie wollen Sie die Bezirke finanziell aufwerten, damit diese Daseinsvorsorge aufgebaut und gelebt wird?

Antwort:

Ziel unserer Politik für ältere Menschen ist es, die demografischen Herausforderungen zu meistern, eine Teilhabe älterer Menschen und gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu sichern. Wir halten es für wichtig, dass der demografische Wandel und die steigende Anzahl älterer Menschen auch im Rahmen der Förderinstrumente angemessen berücksichtigt werden. Daher unterstützen wir Maßnahmen zur Stärkung der Kompetenzen älterer Menschen, für die Entwicklung sorgender Gemeinschaften, in den Bereichen Wohnen, Mobilität und Gesundheit, Prävention und Pflege für ältere Menschen. Die Einhaltung der Menschenrechte älterer Menschen, deren Beteiligung und Teilhabe auf allen Ebenen, kommunal, national und international ist für die Union ein prioritäres Ziel, das wir auch auf internationaler Ebene weiter verfolgen.

Die unionsgeführte Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren bereits zahlreiche wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Situation und der Teilhabe älterer Menschen auf den Weg gebracht. Dennoch halten wir es für erforderlich, weiterreichende Ziele zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für ältere Menschen anzustreben und so eine Neuausrichtung der Politik für ältere Menschen zu bewirken. Deshalb sprechen wir uns dafür aus, in Berlin Altenhilfestrukturen verstärkt zu planen sowie auf- und auch auszubauen. Durch bessere Koordinierung, Kooperationen und Vernetzungen können Sozialräume bedarfsgerecht gestaltet, stabile Sorgestrukturen geschaffen und generationenübergreifende Vorhaben gezielt umgesetzt und die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen gesichert werden.

Wir unterstützen die Entwicklung eines Berliner Gesetzes „Gutes Leben im Alter“, um mehr Verbindlichkeit für ein gutes Leben im Alter zu erreichen. Der sozialpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Maik Penn, ist Mitglied der Steuerungsgruppe, die einen entsprechenden Gesetzesentwurf erarbeitet und auf den Weg bringt. Unser Ziel ist es, dass ein solches Gesetz Bestandteil der nächsten Koalitionsvereinbarung wird. Bedauerlicherweise wird das Seniorenmitwirkungs-gesetz erst zum Ende der Legislatur 2016-2021 evaluiert werden, sodass die Erkenntnisse erst in der nächsten Legislatur in die politische Arbeit einfließen können.

In Berlin sind viele, vor allem ältere Menschen einsam. Jeder 10. Einwohner im Land Berlin leidet an ungewollter Einsamkeit mit allen negativen Folgen für die leibliche und seelische Gesundheit. Das wollen wir ändern, denn es gibt nichts Schrecklicheres als einsam zu sein und sich allein zu fühlen. Wir wollen, dass das Thema mehr Aufmerksamkeit bekommt und es mehr Angebote für einsame Menschen in unserer Stadt gibt. Deshalb haben wir bereits im Dezember 2019 unseren ersten Einsamkeitstreffen initiiert, bei dem deutlich wurde: Einsamkeit ist kein Problem, das man auf Knopfdruck löst. Es hat vielfältige Ursachen und Ausdrucksformen. Die CDU Berlin fordert deshalb einen Einsamkeitsbeauftragten, der nicht nur Zeichen setzt gegen soziale Isolation, sondern auch Maßnahmen koordiniert, kontrolliert, ein gut funktionierendes Hilfesystem aufbaut und Konzepte entwickelt. Außerdem setzen wir uns für ein stadtweites Bündnis gegen Einsamkeit sowie einen Runden Tisch „Einsamkeit in der Großstadt“ ein. Bisher wurden all diese Initiativen von der rot-rot-grünen Regierungskoalition bedauerlicherweise ausgebremst, vertagt und abgelehnt.

1.2 Welche Voraussetzungen will ihre Partei schaffen, um zu gewährleisten, dass die Berliner Seniorinnen und Senioren bei der Digitalisierung (z.B. Einführung digitaler Impfausweis, online Terminvereinbarungen) eine gleichberechtigte Chance der Teilhabe am gesellschaftlichen Wandel erhalten? Auf welche Weise wollen Sie die Berliner Verwaltung in diese Aufgabe einbeziehen und darauf einstellen? Wie steht ihre Partei zur Beibehaltung anderer Zugangs- und Überbrückungsmöglichkeiten für Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen digitalisierte Angebote nicht nutzen können?

Antwort:

Die Digitalisierung hat unser Leben und unsere Gesellschaft nachhaltig verändert und wird dies auch weiter tun. Smartphones und mobiles Internet sind mittlerweile für viele unverzichtbare Begleiter des täglichen Lebens geworden. Wir Christdemokraten verstehen die Digitalisierung als eine Art des Denkens und Handelns, das konsequent unserem Gemeinwesen und den Berlinerinnen und Berlinern nutzen muss. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Digitalisierung eine große Chance bietet, das Leben der Menschen in unserer Stadt zu verbessern. Aufgabe der Politik ist, nicht nur Rahmenbedingungen zu schaffen, sondern auch die Menschen auf dem Weg der digitalen Transformation mitzunehmen. Hierzu setzen wir auf Aus- und Weiterbildung, um die digitalen Kompetenzen bzw. die Medienkompetenz auszubauen und zu stärken.

Eine der zentralen Voraussetzungen für Teilhabe und Selbständigkeit gerade älterer Menschen ist eine gute technische Infrastruktur mit einem

hochleistungsfähigen Breitbandanschluss. Ältere profitieren nicht nur von den sozialen Medien, wenn es darum geht, mit Enkeln, Verwandten und Freunden im Kontakt zu bleiben. Auch Informationen über Baustellen oder die Verlegung von Haltestellen, Einkäufe, Bankaufträge und Gesundheitsdienstleistungen können sehr gut online abgewickelt. Mit zielgruppenspezifischen Kursen, zum Beispiel in den Volkshochschulen, können sich Ältere neue Teilhabemöglichkeiten erschließen.

Langfristig wollen wir mit einer neuen Berliner „Bildungscloud“ eine digitale Plattform entwickeln, in der sich alle Berlinerinnen und Berliner miteinander vernetzen können. Damit wollen wir eine einheitliche Grundlage und die notwendigen Voraussetzungen für die gleichberechtigte Teilhabe an digitaler Bildung für alle Menschen in unserer Stadt schaffen. Sie soll die Lernplattform für alle Bildungsbereiche, von der Grundschule über die Hochschule bis hin zur Fort- und Weiterbildung im Sinne des lebenslangen Lernens auch für Ältere sein.

2. Für qualifizierte Kindertagesbetreuung

2.1 Wie wollen Sie dieser eklatanten Ungleichbehandlung der Beschäftigten bei freien Trägern begegnen?

Antwort:

Die CDU Berlin hat das Ziel, die Ungleichbehandlung zwischen Beschäftigten freier Träger und der Einrichtungen des öffentlichen Dienstes schnellstmöglich abzubauen und die Personalkostenerstattung entsprechend auszurichten.

2.2 Haben Sie einen Kompromissvorschlag, um diese Benachteiligung der Beschäftigten bei freien Trägern zumindest teilweise auszugleichen?

Antwort:

Wir wollen keinen Kompromiss, sondern eine Gleichbehandlung der Beschäftigten bei freien Trägern.

2.3 Was halten Sie von bundesweit einheitlichen Standards für gleiche Bildungschancen und Arbeitsbedingungen? Und wie könnte man diese erreichen?

Antwort:

Wir wollen die Attraktivität des Erzieherberufs steigern, damit sich mehr Menschen für diesen wichtigen Ausbildungsberuf entscheiden. Hierbei setzen wir auf verbesserte Arbeitsbedingungen in den Kitas. Dazu gehört für uns sowohl die Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Kitas sowie eine

bessere Ausstattung als auch eine bessere Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher. Außerdem wollen wir, dass Erzieherinnen und Erzieher wirklich Zeit für die Kinder haben und deshalb die Kita-Leitungen und Erzieherinnen und Erzieher durch die Einbindung von Verwaltungsfachkräften von administrativen Aufgaben entlasten.

Um die Attraktivität des Erzieherberufs zu erhöhen, wollen wir unter anderem eine Ausbildungsvergütung für Erzieherinnen und Erzieher einführen. Die Ausbildung sollte an die duale Ausbildung in anderen Ausbildungsberufen angepasst und vom Ausbildungsbetrieb vergütet werden. Damit stehen auch unmittelbar Azubis in den Kitas zur Verfügung. Außerdem werden wir eine Weiterbildungsmöglichkeit „Sprache Plus“ für Erzieherinnen und Erzieher einführen. Nach bestandener Weiterbildung sollen Erzieherinnen und Erzieher eine Zulage erhalten. Viel zu viele Kinder kommen trotz jahrelangem Besuch einer Kita mit Sprachdefiziten in die Schule. Damit würde es eine Zulage für besser qualifizierte Fachkräfte und mehr Qualität bei der Kindertagesbetreuung geben.

2.4 Wie soll die pädagogische Qualität in Kitas gewährleistet werden, wenn die Zugangsvoraussetzungen immer weiter gesenkt werden?

Antwort:

Unser wichtigstes Ziel ist und bleibt es, wie bereits in der Antwort auf Frage 2.3 dargestellt, den Betreuungsschlüssel in den Berliner Kitas weiter zu verbessern. Dafür brauchen wir vor allem mehr und besser bezahlte, voll ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher, die auch wirklich Zeit für die Kinder haben. Quereinsteiger können allenfalls eine Ergänzung des Personals sein, voll ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher aber nicht ersetzen – und das schon gar nicht in den Kindertagesstätten. Hier sind besondere pädagogische und didaktische Fähigkeiten erforderlich, denn auch hier werden bereits die Weichen für eine erfolgreiche Bildungskarriere gelegt. Für uns ist deshalb wichtig, dass beim Einsatz von Quereinsteigern qualitätssichernde Maßnahmen gelten.

3. Für kieznahe soziale Arbeit

3.1 Welche Schritte unternehmen Sie, um soziale Projekte und Angebote mit Zuwendungsförderungen, wie Stadtteilzentren, Beratungsstellen der Suchthilfe, Selbsthilfe und der psychosozialen Angebote in den Stadtteilen und Kiezen Berlins vor Verdrängung aus dem umkämpften Wohnungsmarkt durch Kündigungen und Mietpreissteigerungen zu schützen?

Antwort:

Damit Soziale Träger bestehende Standorte nicht aufgeben müssen und um Neuansiedlungen sozialer Einrichtungen in allen Stadtlagen zu ermöglichen, werden wir die Sachkostenerstattung an der Realität der Gewerbemieten ausrichten. Darüber hinaus werden wir darauf hinwirken, dass der zunehmende Leerstand von Ladenflächen auch durch die Ansiedlung sozialer Einrichtungen beendet wird.

3.2 In welcher Form gedenkt Ihre Partei bei der Bekämpfung von Gewalt an Frauen und Mädchen die Prävention auszubauen, insbesondere auch die Arbeit mit den Tätern?

Antwort:

Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt werden bis heute in der Öffentlichkeit weitgehend tabuisiert und verharmlost. Nirgends als zu Hause laufen Frauen häufiger Gefahr, Opfer eines Gewaltdelikts zu werden und psychischer, körperlicher oder sexueller Gewalt ausgesetzt zu sein.

Insbesondere vor dem Hintergrund steigender Zahlen häuslicher Gewalt während der Corona-Pandemie fordert die CDU Berlin, die Frauenhäuser zu stärken, das Angebot an Frauenhausplätzen dauerhaft zu erhöhen und die Beratungsmöglichkeiten sicherzustellen. Die Anzahl der zu schaffenden Plätze soll auf der Grundlage der Vorgabe gemäß Istanbul-Konvention erfolgen. Dabei soll sowohl die Bereitstellung von barrierefreien Plätzen für Frauen mit Behinderung sowie Plätze für Frauen mit älteren Söhnen mitbedacht werden. Viele Opfer schrecken vor einer Anzeige bei der Polizei zurück. Deshalb müssen wir zumindest die niedrigschwelligen Angebote für Frauen und Mädchen so ausgestalten, dass diese auch an den Mut finden, sich dort zu melden. Berlin braucht ein Konzept, das unter anderem die personelle Besetzung der Einrichtung und ausreichende Beratungskapazitäten für die Frauen beinhaltet und sicherstellt. Das Thema Gewalt gegen Frauen muss auch wieder stärker in den Fokus der Öffentlichkeit und auch der Politik treten.

Um den Opferschutz in Berlin nachhaltig zu stärken und Opfer von Straftaten noch besser unterstützen zu können, hat Berlin unter unserer Regierungs-

beteiligung als erstes Bundesland einen Opferschutzbeauftragten eingesetzt. Diesen wollen wir weiter stärken und eine angemessene Entlohnung sicherstellen, damit der Opferbeauftragte seine Tätigkeit wie gewohnt weiterführen und Opfern in ihrer ohnehin schon schwierigen Lage schnell und kompetent helfen kann. Einen wichtigen Beitrag leisten auch Opferhilfe-einrichtungen wie z.B. die von uns ausgebaute Gewaltschutzambulanz. Für die Gewaltschutzambulanz streben wir eine 24-stündige Verfügbarkeit an.

Darüber hinaus unterstützen wir das bundesweite Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“. Mit dem Hilfetelefon erhalten Betroffene und Angehörige kostenlos, rund um die Uhr, anonym und mehrsprachig Unterstützung. Von Gewalt betroffene Frauen werden beraten und bei Bedarf an Anlaufstellen vor Ort vermittelt. Die qualifizierten Beraterinnen unterstützen bei allen Formen von Gewalt und ermöglichen auf Wunsch den Zugang zum bestehenden Hilfesystem.

Wir stehen weiterhin zur Integrierten Maßnahmenplanung gegen sexuelle Gewalt, die auf unseren früheren Gesundheits- und Sozialsenator Mario Czaja zurückgeht, und setzen uns für deren vollständige Umsetzung ein. Die Integrierte Maßnahmenplanung hat vor allem die Verbesserung des Opferschutzes, die Sicherstellung der gesundheitlichen psychosozialen Versorgung der verschiedenen Opfergruppen und die Verbesserung der Kooperation und Vernetzung in Berlin zum Ziel.

4. Für gute Eingliederungshilfe

4.1 Wie wollen Sie die Arbeit in der Eingliederungshilfe, also die Arbeit mit Menschen mit körperlichen und/oder geistigen Einschränkungen, mit einem Budget ausstatten, um diese Mehr- oder Sonderkosten zu decken oder diese refinanzieren zu können?

Antwort:

Wir wollen Mittel bereitstellen, um gemeinnützige Organisationen sowie ehrenamtlich arbeitende Projekte und Vereine zu unterstützen, die durch die staatlich angeordneten Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie an die Grenzen der finanziellen Belastbarkeit geraten sind.

4.2 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass auch die freien Träger der Eingliederungshilfe ihre Fachkräfte besser entlohnen können, um die Arbeit von Fachkräften bei einem festen Arbeitgeber attraktiver zu machen? Werden Sie für diesen systemrelevanten Bereich ein deutlich und dauerhaft größeres Budget vorsehen? Wie wollen Sie Quereinstiege und Möglichkeiten zur

Aufnahme einer Fachkraftausbildung erleichtern, damit wieder mehr Fachkräfte auf dem Markt zu haben sind?

Antwort:

Wir setzen uns für eine maximale Obergrenze für pflegerische Leiharbeit in Krankenhäusern und in Pflegeeinrichtungen in Höhe von 10 Prozent ein. Die Vergütung für Leiharbeit darf die tarifüblichen Personalkosten für Pflegekräfte nicht überschreiten und dürfen von den gesetzlichen Krankenkassen im Rahmen der jährlichen Budgetverhandlung nicht vergütet werden. Außerdem werden wir sicherstellen, dass die Zuwendungssummen an die freien Träger parallel zu den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst jeweils zeitnah erhöht werden. So werden wir Finanzierungslücken für freie Träger vermeiden.

5. Für sichere Pflege

5.1 Die Pandemie hat gezeigt, wie systemrelevant der Pflegeberuf ist. Gleichzeitig leidet die Branche unter einem erheblichen Fachkräftemangel. Dies hat nach wie vor auch mit dem Bild von Pflege in der Gesellschaft zu tun. Wie wollen Sie den Beruf konkret so anerkennen und aufwerten, dass mehr Menschen sich dafür entscheiden?

Antwort:

Für die CDU Berlin ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Pflegebedürftige, deren Angehörige sowie für Pflegekräfte ein wichtiges politisches Ziel.

Allen Menschen, die in der Pflege tätig sind, gebührt unsere Wertschätzung, Anerkennung und Dank. Unsere Stadt wächst nicht nur und wird bunter, sie wird auch älter. Eine gute und qualitativ hochwertige Pflege ist nur mit ausreichendem und motiviertem Personal zu erreichen. Angesichts der Herausforderungen, die auf unsere alternde Gesellschaft zukommen gilt es daher, für attraktivere Arbeitsbedingungen in der Pflege zu sorgen. Dazu gehört für uns unter anderem eine gute Personalausstattung. Wir wollen gemeinsam mit Arbeitgebern und Beschäftigten von Gesundheitseinrichtungen ein umfassendes Personal-Konzept entwickeln, das die Einrichtungen in die Lage versetzt, mit genügend und befähigtem Personal ihre wichtigen Aufgaben zu bewältigen. Außerdem werden wir uns insbesondere für eine bessere Bezahlung des Personals in den Pflegeberufen einsetzen. Zudem sollten Entwicklungsperspektiven für qualifizierte Pflegekräfte – analog anderer Berufsgruppen - geschaffen werden, die mit einer der steigenden Verantwortung entsprechenden Vergütung einhergehen. Außerdem wollen wir die Situation der Pflegenden verbessern und uns dafür einsetzen, dass die

Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Pflegeberufen erleichtert werden – vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Wir unterstützen den „Berliner Pakt für die Pflege“ sowie die Maßnahmen im Rahmen der Konzentrierten Aktion Pflege der Bundesregierung. Außerdem wollen wir eine Landespflegebeauftragte bzw. einen Landespflegebeauftragten in Berlin als Sprachrohr und Kontrollinstanz der Berliner Pflegepolitik schaffen. Er/Sie soll als zentrale/r Ansprechpartner/in in einem fortwährenden Dialog mit den pflegebedürftigen Menschen, den pflegenden Angehörigen und den Pflegekräften im Land Berlin für die Belange rund um das Thema der Pflege zur Verfügung stehen und so als überwachendes und kontrollierendes Organ für eine Weiterentwicklung und Optimierung der Pflege im Land Berlin zuständig sein. Darüber hinaus wollen wir eine jährliche Konferenz mit allen Berliner Pflegestützpunkten, dem Pflegerat, den Heimbeiräten, Vereinigungen bzw. Trägern der ambulanten und stationären Pflege, Vertretern der Ausbildungseinrichtungen, sowie den Vertretern der Kranken- bzw. Pflegekassen, Kassenärztlichen Vereinigung Berlin, Berliner Ärztekammer und der Berliner Krankenhausgesellschaft initiieren.

Die CDU hält weiterhin an ihrem Ziel fest, eine Landespflegekammer als Sprachrohr der Pflegekräfte in unserer Stadt einzurichten, die ihnen die aktive Beteiligung an allen Fragen der beruflichen Pflege ermöglichen sowie den Schutz vor Pflegemissbrauch verbessern soll. Den Pflegeberuf wollen wir stärken und sowohl für eine angemessene Bezahlung als auch bessere Arbeitsbedingungen sorgen.

5.2 Wann und wie wollen Sie Arbeitnehmerinnenüberlassung nicht nur in der Fleischindustrie, sondern auch in der gesamten Pflege in Berlin wirksam unterbinden oder zumindest erschweren?

Antwort:

Wie oben beschrieben, wollen wir gemeinsam (!) mit Arbeitgebern und Beschäftigten von Gesundheitseinrichtungen ein umfassendes Personal-Konzept entwickeln, das die Einrichtungen in die Lage versetzt, mit genügend und befähigtem Personal ihre wichtigen Aufgaben zu bewältigen. Hierbei wird auch die Frage der Arbeitnehmerüberlassung zu thematisieren sein.

6. Für nachhaltige Integration

6.1 Welche Maßnahmen wollen sie ergreifen, um die frühzeitige Integration u.a. durch Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Flucht- und Migrationserfahrung zu fördern? Wie wollen sie herkunftsbedingte soziale Nachteile kompensieren? Was ist ihr Vorgehen um das Bildungssystem, insbesondere die frühe Bildung zu stärken und die Benachteiligten zu fördern? Welche Brücken baut ihre Partei, um benachteiligten Kindern eine Chance auf Bildung und sozialen Aufstieg zu gewähren?

Antwort:

In Berlin leben Menschen aus praktisch allen Ländern unserer Erde. Die kulturelle Vielfalt ist Teil der Berliner Identität und bereichert unsere Stadt. Wir wollen, dass alle jungen Menschen in unserer Stadt die Chance auf eine gute Zukunft haben. Gleiche Bildungschancen schaffen Teilhabe, fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt, machen Berlin stark im internationalen Wettbewerb und integrieren Menschen mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund.

Die wichtigsten Schlüssel für gerechte Chancen sind eine gute Bildung und solide Kenntnisse der deutschen Sprache. Wir werden die Sprachförderung für alle Kinder mit dem Beginn der Kita über die gesamte Bildungslaufbahn hinweg systematisch stärken. Entwicklungs- und Sprachdefizite müssen frühzeitig erkannt und behoben werden. Vor Eintritt in die Schule ist ein vorschulischer Test durchzuführen. Dieser muss neben einem Sprachtest auch einen Motoriktest umfassen. Bei erkannten Defiziten sind verpflichtende Fördermaßnahmen durchzuführen. Eltern müssen über die individuellen Fördermöglichkeiten von Förderzentren informiert werden. Außerdem werden wir die bewährte und gut angenommene Vorschule wieder einführen, um Kinder behutsam und altersangemessen an den Schulalltag heranzuführen. Die Vorschulklassen bieten die gute Möglichkeit, Sprachdefizite gezielt abzubauen und motorische Fähigkeiten zu fördern. Vorschulklassen haben eine gute schulvorbereitende Wirkung, ohne die Kinder zu überfordern.

Sprachförderung muss es bei Bedarf jedoch auch über diese Altersgrenzen hinweg geben. Insbesondere Schülerinnen und Schüler in Willkommensklassen sollen kontinuierliche Sprachförderung erhalten sowie solche, bei denen ein individueller Bedarf festgestellt wird. Gelungene Integration setzt Deutschkenntnisse voraus. Zugewanderte müssen möglichst schnell in den schulischen Regelunterricht. Verbindliche Sprachförderung von neu zugewanderten Kindern muss nicht nur in Willkommensklassen erfolgen, sondern auch in den Regelklassen fortgesetzt werden. Für Schülerinnen und

Schüler mit entsprechendem Förderbedarf werden wir verpflichtende Deutschkurse außerhalb des Regelbetriebs durchführen.